

Innovation in Gemeinden

Bürgerversammlungen als Schlüssel für mehr politische Beteiligung

Schweizer Städte und Gemeinden möchten ihre Einwohnenden zu mehr politischer Beteiligung ermutigen. Besonders geeignet ist die Form der «Bürgerversammlung», bei der Personen per Los zufällig ausgewählt werden.

Ein beliebtes Instrument der Bürgerbeteiligung ist die «Citizen Assembly», im deutschen Sprachraum als «Bürgerversammlung» bekannt. Mit diesem Begriff sind alle Teile der Bevölkerung miteingeschlossen, auch Minderjährige oder nicht-wahlberechtigte Personen aus dem Ausland. Zur Teilnahme an der Versammlung wird per Losverfahren eingeladen. Die möglichst repräsentativ und divers zusammengestellte Gruppe trifft sich und diskutiert ein zuvor definiertes Thema. Begleitet von einem Moderationsteam erarbeiten sie konkrete Lösungs- und Handlungsvorschläge zuhanden der Politik. Andere Länder setzen Bürgerversammlungen schon seit längerem ein, um Ideen aus der Bevölkerung stärker in die Politik einfliessen zu lassen. Ein gutes Beispiel ist Irland: Dort wurden bei Themen wie der gleichgeschlechtlichen Ehe oder der Liberalisierung des Abtreibungsrechts, die im Parlament blockiert waren, mit «Citizen Assemblies» mehrheitsfähige Lösungen gefunden.

Zukunft der Demokratie

Zusammen mit dem «Demokratie Labor Basel» initiierte das Institut Public Sector Transformation der Berner Fachhochschule im Frühling 2024 eine Reihe von experimentellen [Bürgerbeteiligungsprojekten](#) in Basel. Dazu gehörte auch eine Bürgerversammlung mit rund 30 Teilnehmenden. Sie hatten die Aufgabe, unter dem Motto «Zukunft der Demokratie» Ideen und Vorschläge zur Verbesserung des Schweizer Politiksystems einzubringen (vgl. «Digitalpolitik», S. 28). Über eine Online-Partizipationsplattform gingen so im Vorfeld der Bürgerversammlung rund 70 verwertbare Einträge ein. Diese wurden an der physischen Versammlung in Basel während zwei Sitzungstagen strukturiert, in Gruppen diskutiert und priorisiert. Schliesslich formulierten die Teilnehmenden konkrete Handlungsvorschläge, die einige Wochen später am öffentlichen Anlass «[Open Mic Politik](#)» mit Politiker*innen diskutiert wurden.

Neue Instrumente für mehr Beteiligung

Der Gemeinderat von Büren an der Aare wandte sich an das Institut Public Sector Transformation, um nach Möglichkeiten zu suchen, die Bevölkerung stärker einzubinden. Auslöser war die Tatsache, dass die Beteiligung an den Gemeindeversammlungen sehr niedrig war und auch sonst wenig Interesse an der Lokalpolitik beobachtet werden konnte. In der Folge organisierte das Institut eine Bürgerversammlung, in der diskutiert wurde, welche Instrumente zu einer vermehrten politi-

schen Beteiligung der Bevölkerung führen könnten. Die zufällig zusammengesetzte Gruppe von Personen, die in Büren wohnen, las sich in die Materie ein, diskutierte die Themen und formulierte drei Empfehlungen. An erster Stelle stand die Einführung eines «projektbezogenen Bürgerrates», gefolgt vom «partizipativen Budget» und einem «Bürgerforum». Die [schriftliche Stellungnahme des Gemeinderates](#) erfolgte mit der Absichtserklärung, bei einem nächsten grösseren Projekt einen Bürgerrat einzusetzen und, falls sich in nächster Zeit kein geeignetes Projekt finden sollte, ein Bürgerforum durchzuführen. Ausserdem wurde in Aussicht gestellt, zu einem späteren Zeitpunkt ein partizipatives Budget einzuführen.

Unsere Empfehlungen



1. Auf eine möglichst repräsentative Zusammensetzung achten

Für tragfähige Resultate sollte die Versammlung möglichst ausgewogen sein in Bezug auf politische Einstellung, Bildung, Alter und Geschlecht.

2. Format der Bürgerversammlung anpassen

Der Zeitpunkt und eine allfällige Entschädigung sind je nach Bevölkerungsgruppe entscheidend für eine Teilnahme. Ebenso müssen die Dauer und die Menge der Inhalte sorgfältig abgewogen werden.

3. Verbindlichkeit im Voraus vereinbaren

Die Behörden sollten sich verpflichten, die Vorschläge und Empfehlungen intern zu diskutieren und dazu öffentlich Stellung zu nehmen.

Mehr Informationen



Kontaktmöglichkeiten und weitere Informationen zu Innovation in Gemeinden: bfh.ch/ipst/gemeinden

Kontakt



Dr. Annique Lombard

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

annique.lombard@bfh.ch

T +41 31 848 52 51



Prof. Dr. Urs Anderegg

Dozent

urs.anderegg@bfh.ch

T +41 78 886 55 74